

Der „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei 1968: Die verhinderte Konterrevolution

Vor genau 50 Jahren, am 21. August 1968, überschritten Truppen von vier Staaten des Warschauer Vertrags die Grenze zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR). Dabei waren die Sowjetunion, Polen, Ungarn und Bulgarien.

Was war zuvor geschehen, sodass vier sozialistische Regierungen sich entschieden, Truppen in ein anderes sozialistisches Land zu schicken?

Für die bürgerliche antikommunistische Propaganda ist der Fall klar und sie verpasst keine Gelegenheit, die Ereignisse in der ČSSR 1968 für die allgemeine Hetze gegen den Sozialismus auszunutzen: Demnach habe eine Gruppe von kommunistischen Reformern im sogenannten „Prager Frühling“ von 1968 versucht, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu erschaffen. Dadurch hätten sich die Herrschenden im „unmenschlichen“, „diktatorischen“ Sozialismus der Sowjetunion bedroht gefühlt und ihre Armee geschickt, um ihre Herrschaft zu erhalten und jedes andere „Modell“ des Sozialismus zu verhindern. Unbewaffnete Menschen hätten sich den sowjetischen Panzern entgegengestellt, um das neue Sozialismusmodell der ČSSR zu verteidigen. Es ist ein Feuerwerk der Heuchelei: Die, die ansonsten den Sozialismus in Grund und Boden verdammen, entdecken auf einmal ihre Sympathien für den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Während das Massaker von Paris, bei dem am 17. Oktober 1961 die französische Polizei in unserem Nachbarland mehrere Hundert Demonstranten ermordete, weitestgehend unbekannt bleibt, sind jedes Jahr die Zeitungen voll über den „Prager Frühling“. Während die 70 Jahre andauernde Besatzung Palästinas die bürgerliche Presse nicht stört, wird der kurze Einsatz der Warschauer Pakt-Truppen zum Sinnbild für „Besatzung“ überhaupt hochstilisiert. All diesen Darstellungen ist gemein, dass sie mit Emotionen und Bildern arbeiten, nicht aber mit Fakten und Argumenten. Sie wollen nicht darüber sprechen, was 1968 in der ČSSR wirklich geschah und warum es geschah, sie wollen den Sozialismus als düstere Macht darstellen, die nur durch Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung aufrechterhalten werden konnte.

In dasselbe Horn blasen auch die Linkspartei und verschiedene trotzkistische Organisationen. Die antikommunistische Parteivorsitzende der „Linken“ Katja Kipping unterhält seit Langem eine Zeitschrift mit dem Namen „prager frühling“. Inhaltlich richtet sie sich vor allem gegen den real existierenden Sozialismus: „Mit prager frühling ist Stalinismus, bornierter Avantgardismus und Strickjäckchenspießertum nicht zu machen.“, heißt es im Selbstverständnis. Die Trotzlisten von der SAV und Marx21 stellen den „Prager Frühling“ ebenfalls als Aufbruch zu einem erneuerten, besseren, weil nicht „bürokratischen“ Sozialismus dar. Zwar sei dieser Aufbruch dann leider von den „russischen Panzern“ niedergewalzt worden, aber, so Marx21, „Die positive Erinnerung an die Kämpfe von 1968 und 1989 (!) ist allerdings geblieben.“ (Marx21 2018 ; Interview mit Mirek Voslon).

Auch die MLPD schätzt die Ereignisse nicht wesentlich anders ein: „Das blutig-aggressive Wesen des Sozialimperialismus wurde bei der Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 aller Welt offenkundig“, schreibt der MLPD-Begründer und langjährige theoretische Autorität der Partei Willi Dickhut (Dickhut 1988, S. 245).

Die Entwicklung der Konterrevolution in der ČSSR

Die Stellungnahme von Marx21 zieht allerdings völlig zurecht die Parallele zwischen dem Jahr 1968 und dem Jahr 1989. In beiden Jahren mobilisierten in der Tschechoslowakei die antisozialistischen, prokapitalistischen Kräfte zur Machtübernahme und Zerschlagung des Sozialismus. 1989 waren sie dann mit dem erfolgreich, woran sie 1968 noch gescheitert waren.

Die Protagonisten des versuchten konterrevolutionären Umsturzes haben ihre Absichten dabei nur teilweise verheimlicht. Während sie im Allgemeinen die betrügerische Parole eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ vor sich hertrugen, um ihren breiten Massenanhang auf der Straße zu täuschen, sprachen sie bei anderen Gelegenheiten Klartext. Insbesondere gilt

das für den stellvertretenden Ministerpräsidenten der ČSSR und gewissermaßen ökonomischen Cheftheoretiker des „Prager Frühlings“, Ota Šik: In einem Interview mit der tschechischen Zeitung „Mladá Fronta“ vom 2. August 1990 bekannte er freimütig: „Auch für manche Reformkommunisten war schon der Gedanke an die Einführung des Privateigentums eine Todsünde. Somit war auch der Dritte Weg ein Täuschungsmanöver. Schon damals war ich überzeugt, dass die einzige Lösung für uns der vollblutige kapitalistische Markt darstellt“ (zit. nach. Bilak 2006, S. 272).

Doch bereits im Oktober 1967 hatte Šik in einem Interview mit der Zeitschrift „Osteuropa“ erklärt: „Die Wiederherstellung von Marktbedingungen ist unser Ziel, und wir werden Schritte in dieser Richtung tun. (...) Wir versuchen, durch Konkurrenz (...) die Unternehmen unter größeren Marktdruck zu setzen.“ Am 10.12.1968 sagte er im Fernsehen: „Wir wollen wirkliche Unternehmer und einen freien Markt“. „Ausländische Investoren können am Profit teilhaben. Wir müssen pragmatisch denken“. Die Frage, ob er das Profitinteresse anerkenne, bejahte er (zit. n. Bading/Martini 1977, S. 32; Opperskalski 2008).

Doch Šik war nicht der einzige. Der Vorsitzende der Staatsbank der ČSSR, Eugen Löbl, referierte im Juli 1968 bei einem Vortrag in Bonn, „dass die ČSSR das marktwirtschaftliche System nie habe verlassen dürfen und dass die ‚Vergesellschaftung des Privateigentums‘ nur eine von vielen Dimensionen sei, nicht weniger etwa als die Revolution im Management oder ähnliches, und keineswegs ein nach Marx allheilendes Remedium“. Der Vorsitzende des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes und einer der wichtigsten „Reformer“ war Professor Goldstücker. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk antwortete er auf die Frage nach der Rückkehr zu „gewissen Formen“ des Privateigentums an Produktionsmitteln: „Wir sind am Anfang eines großen, nicht kurzen Prozesses, und wir möchten, dass sich in diesem Prozess nicht sofort alles herauskristallisiert. Wir möchten, dass dieser Prozess an die Grenzen seiner Möglichkeiten läuft, wir möchten das Ende offen halten, so lange wie nur irgend möglich“ (alles zitiert nach Bading/Martini 1977, S. 32). Später wurde Goldstücker noch deutlicher. 1990 oder 1991 soll er bekannt haben: „Für uns waren Dubček und seine Leute nur eine Zwischenlösung, denn direkt – ohne diesen Umweg – eine freiheitlich demokratische Grundordnung zu schaffen, schien uns zu riskant. Aber diese strebten wir an, das war von Anfang an unser Ziel“ (zitiert nach Kukuk

2008). Es bedarf wohl keiner weiteren Erklärung, dass mit der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ nichts anderes gemeint war als eine bürgerlich-kapitalistische „Demokratie“ nach westeuropäischem Vorbild.

Die Memoiren des slowakischen Kommunisten Vasil' Bil'ak, der im Verlauf des „Reformprozesses“ dessen konterrevolutionären Charakter erkannte und sich dagegen stellte, geben Aufschluss über die Ereignisse: Im Verlauf des Jahres 1968 trauten sich die antikommunistischen Kräfte in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei immer offener, im Namen der „Demokratisierung“ die Demontage des sozialistischen Systems zu fordern. Parlamentspräsident Josef Smrkovský forderte im Zentralkomitee, den Schutz der sozialistischen Staatsmacht gegen ihre Feinde zu beenden, indem man alle politischen Organisationen bedingungslos legalisiere. Zdeněk Mlynář, ebenfalls einer der wichtigsten Ideologen des „Prager Frühlings“, forderte, man müsse den Sozialismus vom politischen System trennen, wobei er als Vorbild die westliche bürgerliche „Demokratie“ nannte. Die „Reformer“ verbreiteten damit die illusorische Vorstellung, es könne einen „Sozialismus“ ohne die Macht der Arbeiterklasse geben (Bilak 2006, S. 54). In diese Richtung arbeitete Mlynář schon seit Jahren: Es ging darum, den sozialistischen Staat schrittweise in eine bürgerlich-westliche Demokratie umzuwandeln, die kommunistische Partei damit von der Macht zu verdrängen und die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus gegen die Konterrevolution zu vernichten (Kukuk 2018). Der Generalsekretär der Partei Alexander Dubček erklärte im Mai ganz offen im Zentralkomitee, dass sein Ziel die schrittweise Zerschlagung des Staates war: „Wir können nicht zulassen, dass die politische Machtstruktur die wir haben, zerschlagen wird, bevor wir sie nicht schrittweise und durchdacht durch eine neue ersetzt haben“ (ebd., S. 85). Im Juli wurde dann im ZK der Austritt aus dem Warschauer Pakt diskutiert und dass man die NATO zur Intervention einladen würde, falls die ehemaligen Verbündeten der sozialistischen Staatengemeinschaft versuchen würden, das zu verhindern. Gegen die Kräfte in der Partei, die sich gegen diese Pläne stellten, wurden Repressionen angekündigt (ebd., S. 110). Die Medien waren weitestgehend von den antikommunistischen Kräften kontrolliert. Es kamen nur noch „Reformer“ und offene Antikommunisten zu Wort, Verteidiger des Sozialismus jedoch nicht (ebd., S. 75). Am 8. August erschien in der Zeitung *Literární Listy* ein Artikel, der die Politik des Warschauer Pakts mit der Hitlers vergleicht. Die Zeitung Reportér brachte einen weiteren Artikel, der offen die „Liquidierung der absoluten Macht einer

bürokratischen Kaste“ forderte (ebd., S. 142). Der Rundfunk begann unterdessen, offen zum Lynchmord an den Kommunisten aufzurufen. Puppen wurden an Galgen aufgehängt, die mit den Namen von Parteifunktionären beschriftet waren, die sich gegen die Konterrevolution stellten (ebd., S. 159). Damit drohten sich die Ereignisse aus dem Jahr 1956 in Ungarn zu wiederholen, als Kommunisten und Staatsbedienstete von der Konterrevolution auf offener Straße gelyncht wurden. In einem Text einer konterrevolutionären Gruppe hieß es: „Ein Gesetz, das wir annehmen werden, muss jede kommunistische Betätigung in der Tschechoslowakei verbieten. Wir werden die Tätigkeit der KPČ (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) verbieten und die KPČ auflösen“ (zit.n. Opperskalski 2008).

Zu diesem Zeitpunkt hatten die konterrevolutionären Kräfte aber auch im Präsidium und dem Zentralkomitee der Partei, außerdem in der Regierung und im Parlament bereits tendenziell die Mehrheit. Im Juli war nach Einschätzung Biláks kein einziges Staatsorgan mehr in der Lage, die Konterrevolution zu bekämpfen. Viele Kommunisten im Parteiapparat und der Parteibasis waren stark beunruhigt über die Entwicklungen, besonders im slowakischen Teil des Landes. Zahlreiche Kommunisten und parteilose Anhänger des Sozialismus, aber auch Teile der Armee und Polizei kündigten an, den bewaffneten Widerstand gegen die Konterrevolution aufzunehmen, falls dies nötig werden sollte. Im Sommer 1968 stand die Tschechoslowakei kurz vor dem Bürgerkrieg (Bilak 2006, S. 111ff). Das US State Department schätzte später ebenfalls ein: „dass es zu der sowjetischen Aktion gekommen sei, weil die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei die Kontrolle im Land verloren habe“ (zit.n. ebd., S. 214).

Die Strategie des Imperialismus gegen den Sozialismus

All das entwickelte sich nicht im luftleeren Raum. Der US-Imperialismus verfolgte seit vielen Jahren eine Strategie der Unterwanderung der sozialistischen Staatengemeinschaft, nachdem man verstanden hatte, dass eine militärische Zurückdrängung des Sozialismus vorerst nicht möglich sein würde. Ein wesentlicher Baustein dieser Strategie bestand darin, den Revisionismus in den kommunistischen Parteien aktiv zu

fördern. Der reaktionäre US-Strategie Zbigniew Brzeziński stellte das so dar: „Sowohl in moralischer als auch in politischer Hinsicht sollte unsere Politik die ständige Forderung nach nationaler Selbstständigkeit mit dem Bestreben vereinen, die von der Sowjetunion unterstützten kommunistischen Regierungen auf friedlichem Wege in eine Art Sozialdemokratien westlicher Prägung umzuwandeln, die mit der sozialökonomischen Entwicklung Gesamteuropas eng verbunden wären“. Die USA sollten ihrer Meinung nach als Schritt zur Schwächung des sozialistischen Lagers zunächst politische „Diversität“ und Bestrebungen zur „Unabhängigkeit“ von der Sowjetunion fördern, um einen „neutralen Staatengürtel“ um die Sowjetunion zu schaffen. „Schließlich muss die amerikanische Politik sich komplett von dem Eindruck befreien, dass sie in Osteuropa die Wiederherstellung eines Wirtschaftssystems nach westlichem Muster befürwortet“ (Brzeziński/ Griffith 1961, S. 644).

Am 14. Juni 1968 hielt Brzeziński auf Einladung des tschechoslowakischen Außenministers Hajek (!!) einen Vortrag in Prag, bei dem er sehr offen sprach: „Unsere Meinung ist, dass heute, 20 Jahre nach dem Abschluss des Krieges, wieder politische Strukturen an die Öffentlichkeit kommen, die hier schon einmal gewesen sind. (...) Ich sage nochmals, dass wir in New York das was hier geschieht, sehr begrüßen und denken, dass es gerade aus dem Grunde gut ist, weil hier im Grunde genommen die alten Werte in neuer Form realisiert werden“ (zit. n. Opperskalski 2008). Mit den bereits dagewesenen politischen Strukturen meinte der US-Strategie offensichtlich die Rückkehr der kapitalistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei.

Bilak zufolge wurde die konterrevolutionäre Entwicklung auch direkt aus den USA angeleitet. Er berichtet, dass sich Dubčeks Frau Ende Juli in Sorge an ihn gewandt habe, weil ihr Mann mit Konterrevolutionären zusammenarbeitete. Sie habe mitgehört, wie sich František Kriegel, einer der rechtesten Führer des „Prager Frühlings“, mit dem US-Botschafter unterhalten und von ihm Handlungsanweisungen bekommen habe. Diese habe er dann an den Parlamentspräsidenten Smrkovský weitergegeben (Bilak 2006, S. 118). Wie die Sunday Times und Washington Post im August 1968 berichteten, spielten die CIA und der westdeutsche Bundesnachrichtendienst seit dem Februar 1968 mithilfe speziell ausgebildeter Agenten eine zentrale Rolle beim Aufbau oppositioneller Gruppierungen in der Tschechoslowakei. Es sei sogar eine aus 40.000

Mitgliedern bestehende paramilitärische bewaffnete Organisation aufgebaut worden, die im ganzen Land geheime Lager mit Waffen, Ausrüstungen und Druckereien eingerichtet hatten (zit.n. Kukuk 2018). Auf diese Weise wurden die konterrevolutionären Kräfte für den Putsch und den Bürgerkrieg vorbereitet.

Ein zentrales Vehikel für diesen konterrevolutionären Umsturz sollte aus Sicht der US-Strategien die Sozialdemokratie sein. Günter Nenning, in den 1960er Jahren Sekretär der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationale“, schrieb damals: „Der Kommunismus hat Zukunft. Seine Zukunft heißt Sozialdemokratie“ (zit. n. Kukuk 2008). Die Umwandlung der kommunistischen Parteien in sozialdemokratische war somit erklärtes Ziel.

Der ehemalige Präsident des westdeutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz Günther Nollau erinnert sich in seinen Memoiren: „Die KPD war 1956 verboten worden. Im selben Jahr hatte der XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden, auf dessen Geheimsitzung Chruschtschow Stalin heftig angegriffen und dadurch dessen System diskreditiert hatte. Intelligente Kommunisten diskutierten damals darüber, welcher Weg nun beschritten werden sollte. War es richtig, den orthodoxen Stalinismus beizubehalten, oder sich im kapitalistischen Bereich der reformerischen Sozialdemokratie anzuschließen?“. Im westdeutschen Geheimdienst habe man rege darüber diskutiert, „wie man diese Diskussionen anregen und für unsere Abwehrzwecke nützen könne. Wir kamen zu dem Ergebnis, eine offene Werbung für die Sozialdemokratie werde es den moskautreuen Kommunisten erleichtern, jeden neuen Gedanken mit dem Etikett ‚Sozialdemokratismus‘ zu versehen und abzulehnen. Einer kam auf die Idee, einen ‚Dritten Weg‘ zu propagieren, einen schmalen Pfad, den zu begehen die Fähigkeit erforderte, zwischen dem orthodoxen Kommunismus und der reformerischen Sozialdemokratie zu balancieren“. Der Geheimdienst gründete also eine Zeitung mit dem Titel „Dritter Weg“, der sowohl den „Stalinismus“, also die sozialistischen Länder, als auch, um keinen Verdacht zu erregen, den Kapitalismus der BRD kritisierte (Nollau 1979, S. 226f). Genau so einen „Dritten Weg“ stellte auch der sogenannte „Reformkommunismus“ oder „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der Tschechoslowakei dar. In Wirklichkeit war der „dritte“ Weg natürlich nie etwas anderes als der „erste“, also die Rückkehr zum Kapitalismus.

In der ČSSR bildete sich im Juni ein provisorisches „Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei“. Die Sozialdemokraten forderten nun die Beteiligung an der Macht und betrieben offen Propaganda für ihre neue Partei. In den Medien wurde die Gründung der neuen Partei begrüßt (Opperskalski 2008; Bilak 2006, S. 61).

Die Haltung der sozialistischen Länder

Die anderen sozialistischen Länder machten die tschechoslowakischen Parteiführer immer wieder auf die enorme Gefahr aufmerksam, in der sich der Sozialismus in der ČSSR befand. Bei einem Gipfeltreffen im März hatten die Führer der verschiedenen Länder dieses Problem umfassend diskutiert und darauf gedrängt, Maßnahmen gegen die Konterrevolution zu ergreifen. Dasselbe wiederholte sich bei einem Besuch Dubčeks in Moskau im Mai. Die Prager Führung tat jedoch nichts dergleichen, sondern befeuerte mehrheitlich die Konterrevolution weiter. Am 15. Juli trafen sich die Sowjetunion, Polen, Ungarn, Bulgarien und die DDR in Warschau, um über die Entwicklung in der ČSSR zu beraten. Die ČSSR war eingeladen, wollte aber schon nicht mehr teilnehmen. Die anwesenden Parteiführer unterzeichneten einen gemeinsamen Brief an das ZK der KPČ, in dem sie erneut ihre tiefe Besorgnis aussprachen und eindringlich zu Gegenmaßnahmen gegen die Konterrevolution aufriefen: „Seht Ihr denn diese Gefahr nicht, Genossen? Kann man denn in dieser Situation passiv bleiben, sich nur auf Deklarationen und Versicherungen der Treue zum Sozialismus und zu den Bündnisverpflichtungen beschränken, ohne konkrete Schritte zu unternehmen? Seht Ihr denn nicht, daß Euch die Konterrevolution eine Position nach der anderen entreißt, daß die Partei die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verliert und immer mehr vor dem Druck der antikommunistischen Kräfte zurückweicht?“ hieß es in dem Brief.

Man könne „nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte Ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur Ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten“.

Und schließlich: „Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in welcher die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährdet. Die Völker unserer Länder würden uns ein gleichgültiges und sorgloses Verhalten zu einer solchen Gefahr niemals verzeihen“ (Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an Prag vom 15. Juli 1968). Damit kündigten sie bereits an, einer Rückkehr der ČSSR zum Kapitalismus nicht einfach tatenlos zusehen zu wollen.

Auch viele einfache Kommunisten und Bürger in den benachbarten sozialistischen Ländern teilten die Sorgen ihrer Parteiführungen und Regierungen. In der DDR veröffentlichte die Zeitung Neues Deutschland am 19. Juli zahlreiche Briefe, die ihre Zustimmung zum offenen Brief der Warschauer Gipfelkonferenz bekundeten. Eine Gewerkschaftsgliederung aus Berlin schreibt z.B. „Auch uns erfüllt die gegenwärtige Entwicklung in der ČSSR mit großer Sorge, weil sie nicht nur eine Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei, sondern auch der gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder darstellt.“. Ein Parteisekretär einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft schrieb: „Wir haben jeden Erfolg der Werktätigen in der ČSSR als unseren eigenen Erfolg angesehen (...). Deshalb können und werden wir es nicht zulassen, daß der Imperialismus diese Errungenschaft antastet und ein Stück aus dieser Gemeinschaft herausbricht.“ (Neues Deutschland 19.7.1968).

All diese, von ehrlicher Sorge getragenen Aufforderungen wurden von der rechtsopportunistischen Mehrheit der Parteiführung ebenso in den Wind geschlagen wie die Warnungen der marxistischen Kräfte in der KPČ um Gustáv Husák, Alois Indra und Vasil' Bil'ak. Schließlich entschlossen sich einige der Staaten des Warschauer Vertrags zur bewaffneten Intervention – als letztes Mittel, um die Konterrevolution doch noch zu verhindern. Am 21. August überschritten die Truppen die tschechoslowakische Grenze, um die Ordnung wiederherzustellen. Die „Reformer“ verhielten sich alles andere als friedlich: Etwa 100 Bürger der ČSSR und 58 Soldaten der sozialistischen Länder kamen bei den Auseinandersetzungen ums Leben (Bilak 2006, S. 168). Allein dieses Zahlenverhältnis zeigt, dass es sich entgegen der antikommunistischen Propaganda nicht um die brutale Niederschlagung friedlicher Proteste durch die Armee handelte, sondern um Auseinandersetzungen mit bewaffneten antisozialistischen Kräften.

Die militärische Intervention beendete nicht sofort das Wirken der Konterrevolution, da sie auch nicht den Sturz der Regierung zum Ziel hatte, sondern nur die antikommunistischen Dynamiken unter Kontrolle bringen wollte. Sie gab dadurch aber den marxistischen Kräften in der KPČ den notwendigen Spielraum, um ihre Kräfte zu mobilisieren und das Land wieder auf den Kurs des Sozialismus zu bringen. Im April 1969 errangen diese dann einen wesentlichen Sieg: Der opportunistische Generalsekretär Alexander Dubček wurde von seinem Posten entfernt und durch Gustáv Husák ersetzt.

Schlussfolgerungen

Jede einigermaßen unvoreingenommene Prüfung der Fakten muss zu dem Schluss kommen, dass es sich beim sogenannten „Prager Frühling“ um eine ausgewachsene Konterrevolution handelte, die nur durch das Eingreifen der Staaten des Warschauer Pakts verhindert wurde. Aus kommunistischer Sicht war dieses Eingreifen daher alternativlos und richtig. Es war ein legitimer Akt der Selbstverteidigung gegen die antisozialistische Strategien der westlichen Imperialisten und der einheimischen Konterrevolution, aber auch ein Akt des proletarischen Internationalismus. 58 Soldaten anderer Länder bezahlten mit ihrem Leben dafür, dass die Tschechen und Slowaken weitere 20 Jahre im Sozialismus leben konnten. Die Alternative wäre gewesen, dass die ČSSR zum Kapitalismus zurückgekehrt wäre und die Errungenschaften der Arbeiterklasse weitgehend vernichtet worden wären. In das Verteidigungssystem der sozialistischen Staaten wäre eine große Bresche geschlagen worden und es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die NATO in diese Bresche eingedrungen wäre – denn dass sie keinerlei Absicht hatte, irgendeines der Versprechen über „Neutralität“ der osteuropäischen Länder zu halten, kann man seit den 90er Jahren sehen. Der „Prager Frühling“ war daher vonseiten der konterrevolutionären „Reformer“ ein äußerst gefährliches Spiel, das die Spannungen zwischen NATO und Warschauer Vertrag massiv erhöht und die Welt an den Rand des Atomkriegs hätte bringen können.

Gleichzeitig waren die Ereignisse auch in mindestens zweifacher Hinsicht tragisch: Es war tragisch, dass viele Tschechoslowaken zwar irgendwie diffus für den Sozialismus waren,

aber sich unter der Parole des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ versammelten und sich somit von den prokapitalistischen Kräften vor den Karren spannen ließen, um den Sozialismus zu demontieren. Der KPČ war es nicht gelungen, diese Menschen dauerhaft für das real existierende sozialistische System zu gewinnen, sodass reale gesellschaftliche Probleme schnell zum Anlass wurden, dem ganzen System den Rücken zu kehren. Der „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ war jedoch im Kern immer eine antikommunistische Parole gewesen, weil er auf einem massiv verzerrten und von bürgerlicher Propaganda durchsetzten Bild des existierenden Sozialismus ausging – dieser wurde ja implizit damit als „unmenschlich“ diffamiert, was weder der komplexen Realität des sozialistischen Aufbaus ansatzweise gerecht wurde, noch eine irgendwie konstruktive Kritik an Fehlern und Mängeln des sozialistischen Systems war. Der genauere Blick auf das Konzept dieses „Sozialismus“ anhand der Äußerungen seiner Vertreter enthüllt dann auch, worum es dabei eigentlich ging: Maximal um einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, ohne Macht der Arbeiterklasse und Führung durch die kommunistische Partei.

Viele der Demonstranten glaubten sicherlich trotzdem, für einen besseren Sozialismus zu kämpfen, während die maßgeblichen Kräfte die Weichen längst in eine ganz andere Richtung stellten – einige von ihnen bezahlten ihre Illusionen mit dem Leben. Viele von ihnen verstanden gar nicht, weshalb die Verbündeten intervenieren mussten, wie zahlreiche Episoden über wütende Diskussionen zwischen Soldaten und Bürgern belegen.

Zweitens liegt die Tragik des Jahres 1968 aber auch darin, dass zwar durch das militärische Eingreifen der Sozialismus vorerst gerettet werden konnte, aber die gewonnene Zeit nicht genutzt wurde, die vorhandenen Probleme zu lösen. Insbesondere wurde der Revisionismus, das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die kommunistischen Parteien, nur in seinen offensten Erscheinungsformen bekämpft, nicht jedoch grundlegend. Die Verbreitung revisionistischer Auffassungen in den kommunistischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders seit dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion 1956 hatte die Konterrevolution in der ČSSR ideologisch erst vorbereitet. Dieser Prozess wurde 1968 aber nicht gestoppt, sondern nur in einem Land zurückgeworfen. Vorstellungen, die dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ähnelten, wurden in Teilen der kommunistischen Parteien weiterhin vertreten. Deshalb waren die Entwicklungen in der ČSSR 1968 eine

ziemlich exakte Blaupause für das, was zwei Jahrzehnte später in der Sowjetunion und anderswo passieren würde. Auch dort traten die prokapitalistischen Kräfte zunächst unter der Parole einer „Erneuerung“ des Sozialismus, gar einer „Rückkehr zu Lenin“ auf. Gemeint war damit aber nie eine Vertiefung des sozialistischen Charakters der Produktionsverhältnisse, sondern ihre Unterminierung und schließlich Aufhebung.

Schließlich war die Diskussion um die Intervention in die ČSSR auch ein Prüfstein für alle kommunistischen Parteien. Diejenigen unter ihnen, in denen rechtsopportunistische Positionen schon am stärksten Fuß gefasst hatten, verurteilten die Intervention. Das ist nachvollziehbar, schließlich richtete sie sich gegen die Folgen der Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien, von der sie selbst auch erfasst waren. Das galt vor allem für die KPen Italiens und Frankreichs. Die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, die Anfang der 60er mit der Sowjetunion gebrochen hatten und ihre Führung als revisionistisch ansahen, verhielten sich allerdings nicht besser. Albanien nutzte die Intervention aus, um endgültig aus dem Warschauer Vertrag auszutreten und rief allen Ernstes die Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand auf. Die KP Chinas nannte die Niederschlagung der Konterrevolution einen „schamlosen Akt“ und stellte die Sowjetunion auf eine Stufe mit den USA (Spiegel 26.8.1968). Beide Parteien zeigten damit, dass die Stoßrichtung ihrer Kritik am Opportunismus der Sowjetführung selbst opportunistisch war und dem Imperialismus in die Hände spielte. Sie gingen damals, ebenso wie heute die MLPD und andere Gruppen, von der unwissenschaftlichen und nichtmarxistischen Auffassung aus, in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas sei der Kapitalismus als „Staatskapitalismus“ bereits wiederhergestellt worden. Somit konnten sie den konterrevolutionären Charakter der Entwicklungen in der ČSSR gar nicht mehr erkennen, da es aus ihrer Sicht dort gar keinen Sozialismus mehr gab, den man hätte verteidigen können. Mit der Realität hatten solche Vorstellungen jedoch nie viel zu tun.

Aufgabe der Kommunisten ist es heute, der bürgerlichen und opportunistischen Geschichtsfälschung in Bezug auf den sogenannten „Prager Frühling“ entgegenzutreten und auf die historische Wahrheit zu pochen: 1968 stand in der ČSSR ein großer Sieg der Konterrevolution und des westlichen Imperialismus unmittelbar bevor und nur das Eingreifen der sozialistischen Länder

hat ihn verhindert – mit allen katastrophalen Folgen, die er für die tschechoslowakische und europäische Arbeiterklasse gehabt hätte.

Literatur:

„40 Jahre ‚Prager Frühling‘“, Interview mit Mirek Voslon, online: <https://www.sozialismus.info/2008/04/12602/>

Bading, Lothar / Martini, Klaus 1977: Angriffsziel Sozialismus. 2. Folge: Der demokratische Sozialismus und die ČSSR, Rote Blätter 7. Jg., Nr. 5, Mai 1977.

Bilak, Vasil 2006: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten, Das Neue Berlin.

Brief der Warschauer Gipfelkonferenz an Prag vom 15. Juli 1968, online: https://www.herder-institut.de/no_cache/bestaende-digitale-angebote/e-publikationen/dokumente-und-materialien/themenmodule/quelle/1363/details.html

Brzezinski, Zbigniew/ Griffith, William E. 1961: Peaceful Engagement in Eastern Europe, Foreign Affairs, Vol. 39., No. 4, S. 642-654

Dickhut, Willi 1988: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, Neuer Weg Verlag und Druck GmbH Düsseldorf

Kukuk, Klaus 2008: Demokratisierung oder Konterrevolution? „Prager Frühling“: Hintergründe,

Zusammenhänge, Langzeitwirkungen, online:

<http://www.dkp-online.de/uz/4034/s1501.htm>

;

<http://www.dkp-online.de/uz/4035/s1501.htm>

Kukuk, Klaus 2018: Keine angenehme Wahl, junge Welt vom 20.8.2018

Marx21 2018: Aufbruch 1968. Der Prager Frühling,

online: <https://www.marx21.de/aufbruch-1968-der-prager-fruehling/>

;

„Neues Deutschland“ vom 19.7.1968

Nollau, Günter 1979: Das Amt. 50 Jahre Zeuge der Geschichte, Wilhelm Goldmann Verlag, München.

Opperskalski, Michael 2008: ČSSR 1968 – kein „Prager Frühling“, sondern konterrevolutionärer Winter, Offensiv 09/08.

„Tschechoslowakei/Sowjeteinmarsch“, Spiegel

26.8.1968, online:

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45954078.html>